



## Antrag

der Fraktion der PIRATEN

### **Sicherer Aufenthalt für Edward Snowden in Deutschland**

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag schließt sich der Forderung an, dem Whistleblower Edward Snowden einen sicheren und zeitlich unbegrenzten Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland zu ermöglichen.

Es muss sichergestellt werden, dass eine Auslieferung an die Vereinigten Staaten von Amerika oder andere Staaten wegen der von ihm veröffentlichten Geheimdokumente ausgeschlossen ist.

Der Landtag fordert Landes- und Bundesregierung auf, schnellstmöglich und auf allen politischen Ebenen im Sinne dieser EntschlieÙung tätig zu werden.

#### **Begründung:**

Die von Edward Snowden veröffentlichten Informationen haben zuvor unbekannte Überwachungspraktiken des US-Geheimdienstes NSA und dessen Partner enthüllt. Das Europäische Parlament sieht auf der Grundlage dieser Informationen die "Existenz weit verzweigter, komplexer und hochmoderner Systeme...", die von den Geheimdiensten der USA und einiger Mitgliedstaaten entwickelt wurden, um die Kommunikationsdaten, darunter Inhalts-, Standort- und Verbindungsdaten, aller Bürger weltweit in bisher ungekanntem Ausmaß, wahllos und ohne Vorliegen eines Verdachts zu sammeln, zu speichern und zu analysieren", als erwiesen an. Es sieht in der Massenüberwachung eine Verletzung der staatlichen Souveränität und des allgemeinen Völkerrechts. Der Deutsche Bundestag hat einen Untersuchungsausschuss eingesetzt.

Aus folgenden Gründen soll der Whistleblower Edward Snowden in Deutschland aufgenommen werden:

1. Wir stehen moralisch in seiner Schuld. Edward Snowden hat auf sein Gewissen gehört, als er den massenhaften Rechtsbruch der Geheimdienste offen legte. Er hat sich vorbildlich und selbstlos um unser Land und die Privatsphäre seiner Bürger verdient gemacht. Ohne ihn hätten weder die Bundesregierung noch die Bürger von den grundrechtswidrigen Machenschaften der Geheimdienste erfahren. Journalisten und Unternehmen hätten nicht einmal geahnt, dass ihre Kommunikation in diesem Ausmaß überwacht wird. Snowden selbst hat durch seine Enthüllungen seinen Lebensstil und seine Freiheit auf das Spiel gesetzt und ist seitdem auf der Flucht. Er verdient Anerkennung und Schutz dafür, dass er uns die Wahrheit gesagt hat.
2. Werte wie Privatsphäre und informationelle Selbstbestimmung können wir glaubwürdig nach außen nur vertreten, wenn wir diejenigen schützen, die sich für diese Werte und gegen ihre Verletzung einsetzen. Es ist ein Armutszeugnis, dass Snowden als Verteidiger unserer Werte bisher nur in einem Staat Schutz vor Verfolgung finden konnte, der sich immer wieder durch Verletzungen von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten auszeichnet.
3. Snowden Schutz anzubieten ist ein klares politisches Signal an das Ausland, dass wir die massenhafte Überwachung unserer Telekommunikation und Internetnutzung nicht hinnehmen und dass die Verteidigung unserer Grundrechte für uns Vorrang hat vor außenpolitischer Opportunität. Wer gegen Massenüberwachung durch ausländische Dienste protestiert, kann die Nutzung ihrer Früchte und die Kollision mit den dafür verantwortlichen Diensten nicht gleichzeitig für richtig oder gar unverzichtbar erklären. Die Mehrheit der Bürger will in Kenntnis aller Umstände, dass Snowden in Deutschland Schutz angeboten wird.
4. Echte Aufklärung ist nur mit Snowden möglich. Nur er kann die drängenden Fragen des NSA-Untersuchungsausschusses beantworten und als Zeuge in Ermittlungsverfahren belastbar aussagen. Wegen der Bedingungen seines aktuellen Gastlands ist er zu einer Aussage verständlicherweise nur bereit, wenn ihm ein Bleiberecht in Deutschland garantiert wird. Der Landesdatenschutzbeauftragte nimmt sogar eine grundrechtliche Verpflichtung Deutschlands an, Edward Snowden um Einreise und Offenlegung seiner Kenntnisse über die Rechtsverletzungen zu bitten.

Das Bundesinnenministerium kann Edward Snowden zur Wahrung der genannten politischen Interessen der Bundesrepublik die Aufnahme erklären (§ 22 AufenthG). Laut Wissenschaftlichem Dienst des Bundestags besteht grundsätzlich auch die Möglichkeit, Auslieferungersuchen der USA abzulehnen, weil sie wegen einer aus deutscher Sicht politischen Tat Snowdens gestellt werden. Ob sich Edward Snowden in Deutschland sicherer fühlt als in der Russischen Föderation, soll er ohne Bevormundung durch deutsche Behörden selbst entscheiden dürfen.

Dr. Patrick Breyer

Torge Schmidt  
und Fraktion